

Prämienverbilligung: Es bleibt bei 17 Millionen

Kanton Der Kanton Schwyz zahlt künftig rund 17 Millionen Franken zusätzlich an Prämienverbilligungen aus. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet. Die im Frühling verkündeten Ausbaupläne des Kantons stiessen bei den Parteien in der Vernehmlassung auf Zuspruch und bleiben nun bestehen.

Einzig SP und GLP störten sich daran, dass der Kanton nur die Mindestvorgaben des Bundes bei der Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Prämien-Entlastungs-Initiative vollziehe, und verlangten mehr Geld. Aufgrund der Zustimmung durch Mitte, FDP und SVP zeigt sich Damian Meier zuversichtlich, dass «die Vorlage im Kantonsrat mehrheitsfähig sein wird», wie der Schwyzer Gesundheitsdirektor auf Anfrage ausführt.

Gesamtkosten von 111 Millionen pro Jahr

Durch die Teilrevision dürften in Schwyz künftig über 58'000 Personen Prämienverbilligung erhalten. Die Gesamtkosten belaufen sich neu auf rund 111 Millionen Franken pro Jahr.

Für junge Erwachsene in Ausbildung zwischen 18 und 25 Jahren soll künftig der gemeinsame Anspruch mit den Eltern entfallen. Auch eine eingeschränkte Kompetenzdelegation vom Kantons- an den Regierungsrat für die Festlegung von Selbstbehalt und Richtprämien ist vorgesehen. Die Regierung soll nach jeweiligem Bekanntwerden der neuen Prämien Ende September mehr zeitliche Flexibilität erhalten, um diese Faktoren festzulegen. Im neuen Gesetz will man den Selbstbehalt von 11 auf 10 Prozent und die Richtprämien von 90 auf 85 Prozent der kantonalen Durchschnittsprämien senken.

Die Verabschiedung der Gesetzesänderung ist an der Kantonsratssitzung vom Februar vorgesehen. (*dabu*)

Gemeinden werden nicht mehr belastet

Kanton Schutzbedürftige aus der Ukraine sollen im Kanton Schwyz auch nach Erhalt der Aufenthaltsbewilligung weiterhin an den innerkantonalen Verteilschlüssel angerechnet werden. Das heisst es in einer Antwort der Regierung auf die Kleine Anfrage «Auswirkung des Statuswechsels auf Asyl-Kennzahlen» der Mitte-Kantonsrätin Andrea Burtschi. Bereits Anfang Juli habe das Amt für Migration die Gemeinden schriftlich darüber informiert.

Nach geltendem Recht werden Schutzbedürftige eigentlich bis längstens zum Erhalt der Aufenthaltsbewilligung an den innerkantonalen Verteilschlüssel angerechnet. Somit würden ab März 2027 die ersten Personen mit Schutzstatus S aus dem Verteilschlüssel fallen. Die teils privaten Aufnahmen von Personen mit Schutzstatus S sowie die Direktzuweisungen des Bundes erfolgten zu Beginn des Krieges nicht proportional zur Bevölkerung. «Gemeinden, die überdurchschnittlich viele Personen mit Schutzstatus S aufgenommen haben, wären folglich überproportional belastet», heisst es in der Antwort der Regierung. «Zur Vermeidung dieser Ungleichbehandlung plant der Regierungsrat, die entsprechende Verordnung per 1. Januar 2027 anzupassen.»

Schutzbedürftige sollen damit auch nach Erhalt der Aufenthaltsbewilligung an den innerkantonalen Verteilschlüssel angerechnet werden. Dies bis zehn Jahre nach der Einreise in die Schweiz, auch wenn die betroffenen Personen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz den Ausweis B erhalten. (*see*)

Nachgefragt

Petra Gössi: «Es ist nicht meine Aufgabe, eine günstige Lösung für die UBS-Aktionäre zu finden»

Nach langen und emotionalen Diskussionen hat sich der Ständerat für eine Verschärfung der Bankenregulierung ausgesprochen – ganz nach dem Gusto der Schwyzer FDP-Ständerätin Petra Gössi.

Interview: Christoph Clavadetscher

Der Ständerat hat sich am Mittwoch nach monatelanger Diskussion zu einem Entscheid durchgerungen: Systemrelevante Banken, faktisch derzeit also nur die UBS, sollen in Zukunft ihre ausländischen Tochtergesellschaften mit 90 Prozent hartem Eigenkapital unterlegen müssen.

Damit folgt die kleine Kammer fast dem Bundesratsvorschlag (100-prozentige Unterlegung) und nicht dem abgeschwächten Alternativvorschlag, den die Wirtschaftskommission des Ständerats empfohlen hatte (50 Prozent Eigenkapital / 50 Prozent AT1-Anleihen).

Der Entscheid wurde mit 29 zu 16 Stimmen gefällt. Der Schwyzer SVP-Ständerat Pirmin Schwander war dagegen, Ständerätin Petra Gössi von der FDP unterstützte diese Variante hingegen. Der «Bote» hat bei der Küssnachterin nachgefragt, wieso.

Sie haben der stärkeren Regulierungsvariante zugestimmt. Sind Sie demnach zufrieden mit dem Ergebnis?

Ja. Bei der aktuellen Bankenregulierung ist die Hauptfrage, ob das Risiko vom Bankinstitut oder von den Steuerzahlenden getragen werden soll. Mit dieser Lösung kann die Bank ihr Geschäftsmodell frei gestalten. Im Krisenfall verfügt sie über ein dickeres Polster und verkleinert damit ihr finanzielles Risiko im Auslandsgeschäft im Vergleich zu heute.

Können Sie Ihre Entscheidungsfindung begründen?

In den vergangenen 20 Jahren musste der Schweizer Staat zweimal mit Milliardenunsicherheiten einspringen, um eine Finanzkrise zu verhindern, die



Die Schwyzer FDP-Ständerätin Petra Gössi (links) spricht mit ihrer Parteikollegin und Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher aus St. Gallen an der aktuellen Herbstsession der Eidgenössischen Räte in Bern.

Bild: Keystone

viele Arbeitsplätze gefährdet und die Volkswirtschaft in den Abgrund gerissen hätte. Damit haben die Steuerzahlenden ein grosses Risiko auf sich genommen. Mit der nun vom Ständerat gewählten Lösung wird ein zentrales Loch geschlossen, das bei der Credit Suisse für grosse Probleme gesorgt hat. Die Auslandstöchter müssen mit genügend Eigenkapital abgesichert werden, um das Schweizer Stammhaus vor Verlusten im Ausland zu schützen.

Die Too-big-to-fail-Debatte ist ja nicht neu. Früher haben Sie aber immer betont, es dürfe keinen Schweizer Alleingang geben und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken dürfe nicht zu stark unter der Regulierung leiden. Erfüllt die nun vorliegende Variante Ihre Anliegen?

Die nun gewählte Lösung ist im Ergebnis mit der britischen Regulierung für Beteiligungen vergleichbar. Ich bestreite

te aber nicht, dass die vom Ständerat gewählte Lösung für die UBS teurer ist. Als Ständerätin ist es aber nicht meine Aufgabe, eine möglichst günstige Lösung für die UBS-Aktionäre zu finden, sondern ich darf und muss mich für die Interessen der Bevölkerung einsetzen. In diesem Fall habe ich mich für den Weg entschieden, das Risiko der Steuerzahlenden zu minimieren.

Wie haben Sie die knallharte Debatte, das lange Ringen um einen Entscheid, allgemein wahrgenommen?

Die Diskussionen waren in den letzten Wochen sehr emotional. Als ehemalige Parteipräsidentin habe ich aber gelernt, emotionale Voten richtig einzuordnen, die jeweiligen Beweggründe zu erkennen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Und wie beurteilen Sie die Rolle von UBS-CEO Sergio Ermotti, der sich sehr aktiv in die politische Diskussion eingebracht hat?

Er hat mit Verve die Interessen der UBS und der Aktionäre vertreten. Das ist sein gutes Recht. Ob er sich damit im politischen Prozess mehr genützt oder geschadet hat, müssen andere beurteilen. Ich habe seine Statements mit Interesse gelesen.

Wie geht es nun weiter?

Als Nächstes berät der Nationalrat als Zweitrat über die Vorlage. Dabei dürfte die vom Ständerat beschlossene Lösung noch weiterentwickelt werden. Anschliessend müssen die beiden Räte allfällige Differenzen bereinigen, bevor die Vorlage definitiv verabschiedet werden kann. Danach wird sich zeigen, ob gegen die neuen Eigenmittelvorschriften für ausländische Beteiligungen das Referendum ergriffen wird.

Garaventa wirkt bei Erneuerung der Prager Standseilbahn mit

Die Kabinen interagieren: Die Petřín-Standseilbahn in Prag ist modernisiert worden.

Seit ihrer Eröffnung im Jahr 1891 gehört die Petřín-Standseilbahn zum Prager Stadtbild. Nun ist die Anlage umfassend modernisiert worden. An der Erneuerung war auch die auf Seilbahnsysteme spezialisierte Garaventa AG beteiligt, die neben ihrem Hauptsitz in Rotkreuz unter anderem eine Zweigniederlassung in Goldau betreibt. Dies geht aus einer Medienmitteilung des Unternehmens hervor.

Die Garaventa AG arbeitete gemeinsam mit dem Prager Verkehrsbetrieb DPP, Doppelmayr Tschechien, dem Fahrzeughersteller CWA und der tschechischen Designerin Anna Marešová an der Modernisierung der Standseilbahn. Gemäss der Medienmitteilung wurden dabei die Streckeninfrastruktur und das Zugseil erneuert sowie ein neuer Elektromotor und eine neue Steuerung installiert. Die Bahn verbindet das Prager Stadtzentrum mit dem Petřín-Hügel. Ge-



So sieht es aus, wenn sich die neuen Wagen in Prag kreuzen: Einer zwinkert hell, der andere errötet.

Bild: zvg

mäss der Medienmitteilung nutzen jährlich rund 2,5 Millionen Fahrgäste die Bahn.

Die Wagen zwinkern sich zu

Eine Besonderheit der modernisierten Bahn sind die beiden neu gestalteten Fahrzeuge. Das Design stammt von Anna Marešová und verbindet Elemente der historischen Fahrzeuge mit einer neuen Gestaltung. Grosse Verglasungen sollen zudem den Blick auf die Prager Altstadt und den Petřín-Hügel öffnen.

Auch die Bedeutung des Petřín als traditioneller Treffpunkt für Verliebte wurde laut Medienmitteilung im Design aufgegriffen. Wenn sich die beiden Fahrzeuge kreuzen, «zwinkert» ein Wagen mit einem Lichtblitz, während der andere «errötet». Welche Rolle die beiden Fahrzeuge übernehmen, wechselt zufällig. (*zvg/ck*)

Ueli Betschart wird neuer Leiter Bau

Ingenbohl Der Gemeinderat von Ingenbohl hat Ueli Betschart zum neuen Leiter Bau gewählt. Der 40-Jährige tritt seine neue Funktion am 1. Januar 2027 an und wird gleichzeitig Mitglied der Geschäftsleitung der Gemeinde. Er folgt auf Beat Schuler, der Ende Januar 2027 nach langjähriger Tätigkeit in den Ruhestand tritt.

Ueli Betschart ist in Muotathal aufgewachsen und hat an der Universität St. Gallen den Master of Arts in Internationalen Beziehungen und Governance abgeschlossen. Aktuell ist Betschart noch im Amt für Raumentwicklung des Kantons Schwyz tätig. Betschart ist mit Brunnen bestens vertraut, denn er hat mehrere Jahre mit seiner Familie hier gelebt.

Der bisherige Leiter Bau, Beat Schuler, bleibt noch bis Ende Januar 2027 im Amt. Er wird die Einarbeitung seines Nachfolgers begleiten und somit den Wissenstransfer sicherstellen. (*zvg*)

